

Bildung soll flexibler werden

Freie Schulwahl Die Elternlobby lanciert heute im Kanton Solothurn eine Initiative

Unabhängig von ihrem Einkommen sollen Eltern zwischen verschiedenen staatlichen, aber auch privaten Schulen wählen können. Das will die Elternlobby, und lanciert heute im Kanton Solothurn eine Initiative. Ein Gespräch mit Elternlobbyistin Esther Reichmuth.

ELISABETH SEIFERT

Eltern sollen sich auch für eine Privatschule entscheiden können. Sind Sie unzufrieden mit der Volksschule?

Esther Reichmuth: Für viele Kinder ist die Volksschule gut. Aber einige sind auf andere pädagogische Konzepte angewiesen, und da hat die Volksschule ein Problem. Da Reformen immer gleich flächendeckend eingeführt werden müssen, braucht die Vorbereitung eine Menge Zeit. Im System der freien Schulwahl können neue pädagogische Ideen viel schneller und unbürokratischer umgesetzt werden. Zudem fördert die freie Schulwahl eine grössere pädagogische Vielfalt. Gerade in einer Gesellschaft wie

Im System der freien Schulwahl können neue Ideen rascher umgesetzt werden

der unsrigen, die sich immer wieder mit neuen Problemen und unterschiedlichsten Bildungsbedürfnisse konfrontiert sieht, scheint mir ein möglichst flexibles Schulsystem das Gebot der Stunde. Hinzu kommt, dass der Wettbewerb unter den verschiedenen Schulen, auch zwischen den staatlichen, einen positiven Effekt auf die Unterrichtsqualität hat.

Kommt die Forderung nach einem Systemwechsel nicht gerade zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt? Die Lehrpersonen klagen über eine «Reformflut» ...

Reichmuth: Schon seit 30 Jahren klagen viele über eine «Reformflut» im Bildungsbereich. So gesehen kommt die Forderung nach freier Schulwahl immer ungünstig. Das Problem vieler Lehrpersonen besteht doch gerade darin, dass sie heute häufig Reformen in ihrem Unterricht umsetzen müssen, hinter denen sie gar nicht wirklich stehen können. In einem System der freien Schulwahl gibt es diesen

Die neue Freiheit fördert auch die Motivation der Lehrpersonen

Zwang nicht mehr. Wie die Eltern können sich auch die Lehrpersonen jene Schule und damit jenes pädagogische Konzept wählen, das ihnen am besten entspricht. Diese neue Freiheit fördert die Motivation, aktiv an neuen Ideen zu arbeiten sowie sich und die Schule weiterzuentwickeln.

Eine Studie des Zürcher Pädagogikprofessors Jürgen Oelkers kommt zum Schluss, dass mit der freien Schulwahl privilegierte und benachteiligte Kinder getrennt werden. Was sagen Sie dazu?

Reichmuth: Die Studie von Jürgen Oelkers hat eine neue Untersuchung der OECD, welche zu anderen Resultaten kommt, noch nicht berücksichtigt. Je nach Standort einer Schule ist und bleibt die Trennung von privilegierten und weniger privilegierten Kindern eine Realität. Für eine gelungene Integration in die Gesellschaft ist es aber weniger zentral, mit wem jemand die Schulbank gedrückt hat. Viel wichtiger ist es, dass gerade auch Kinder aus weniger privilegierten Schichten



ZUR PERSON

Esther Reichmuth, Jahrgang 1962, ist Vorstandsmitglied des Vereins Elternlobby Schweiz. Sie arbeitet als Klassenlehrerin in der Heilpädagogik und wohnt gemeinsam mit ihrem Ehemann und ihrem Sohn in Hochwald. (ESF)

MADDALENA TOMAZZOLI HUBER

ten Fähigkeiten entwickeln, die es ihnen ermöglichen, in unserer Gesellschaft ein selbstbestimmtes Leben zu führen. In Ländern mit einer freien Schulwahl, zum Beispiel in Holland, gibt es innovative pädagogische Projekte von staatlicher und auch privater Seite, um diesen Kindern einen optimalen Lernerfolg zu ermöglichen. Auffallend ist, dass in Holland in den oberen Schulstufen die Durchmischung besser ist als bei uns.

Die freie Schulwahl nützt aus Ihrer Sicht also auch den bildungsfernen Schichten?

Reichmuth: Die genannte OECD-Studie, übrigens die umfassendste und aktuellste zur freien Schulwahl, stellt fest, dass dort, wo Eltern die Schule selbst wählen können, die soziale Herkunft weniger Einfluss auf den Schulerfolg hat. Das lässt sich unter anderem damit erklären, dass Eltern, welche die Schule wählen können, ein stärkeres Verantwortungsgefühl entwickeln. Auch bildungsferne Schichten engagieren und interessieren sich auf diese Weise mehr für die Bildung ihrer Sprösslinge.

Die Initiative zielt aber doch in erster Linie auf die Bedürfnisse gewisser bildungsnaher Schichten, welche die Privatschulen nicht mehr selber zahlen wollen ...

Reichmuth: Die Initiative will ein Grundrecht verwirklichen: nämlich die freie Schulwahl für alle Eltern. Heute können nur reiche Eltern eine Schule wählen. Und Privatschulen müssen Leute anziehen,

die auch das nötige Kleingeld haben. Wenn das aber, wie wir fordern, nicht mehr der Fall ist, dann können sich auch ganz andere und neue Privatschulangebote entwickeln, die für unterschiedliche Schichten und Bildungsbedürfnisse interessant sind.

Werden sich Privatschulen wirklich im Bereich so genannter «Problemfälle» profilieren?

Reichmuth: Es gibt sehr viele Lehrpersonen, die sich gerade für «Problemfälle» interessieren. Eine Waldorfschule im deutschen Mannheim zum Beispiel hat sich auf Ausländerkinder spezialisiert und sich aus diesem Grund auch in einem entsprechenden Quartier angesiedelt. Neben der spezifischen Förderung dieser Kinder schreiben sie sich auch die Integration auf die Fahne. Seit einigen Jahren funktioniert das sehr gut. Neben Auslän-

Bei Wahlfreiheit hat die soziale Herkunft weniger Einfluss auf den Schulerfolg

derkindern gehen auch zahlreiche deutsche Kinder dort zur Schule, deren Eltern an einer multikulturellen Erziehung interessiert sind. Damit die Ausländerkinder aber auch wirklich kommen, muss das Angebot gratis sein.

Gerade solche Projekte dürften die entsprechenden privaten oder auch staatlichen Schulen doch einiges kosten?

Reichmuth: Das ist natürlich so. Auf gesetzlicher Ebene kann man hier aber die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, um solche Projekte zu ermöglichen. In Holland zum Beispiel müssen die Eltern zu Beginn der Schulzeit ih-

rer Kinder einen Fragebogen ausfüllen. Schulen mit vielen Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen Schichten bekommen mehr Geld zugesprochen, egal, ob es sich dabei um private oder staatliche Schulen handelt.

Ein solch umfassender Systemwechsel macht doch eigentlich nur dann Sinn, wenn sich das Leistungsniveau echt verbessert. Haben Sie Beweise dafür?

Reichmuth: Die besagte Studie der OECD hält fest, dass Schülerinnen und Schüler in Ländern mit freier Schulwahl bessere Leistungen erzielen. Die Studie von Oelkers indes stellt eine Leistungssteigerung nur in seltenen Einzelfällen fest. Es handelt sich hier um eine Art Glaubenskrieg. Ich persönlich erhoffe mir, dass die freie Schulwahl nicht nur im kognitiven Bereich zu einer Leistungssteigerung führt. Unsere Gesellschaft braucht Menschen mit einer ausgesprochen hohen Kreativität und Sozialkompetenz.

Die Gegner der freien Schulwahl führen an, dass die Bildungskosten durch die freie Schulwahl keineswegs gesenkt würden. Was sagen Sie ihnen?

Reichmuth: Jeder Schüler hat ein Anrecht auf kostenfreie Bildung, das ist im Moment nicht so. Wenn jemand sein Kind zum Beispiel in einen Montessori-Kindergarten schickt, verliert es dieses Recht. Wenn ein Unrecht behoben werden muss, dann kostet das etwas. In der langfristigen Perspektive gehen wir aber davon aus, dass die Bildungskosten eher sinken werden. Einmal, weil die staatliche Bildungsverwaltung kleiner wird. Zudem fördert die freie Schulwahl die Zufriedenheit der Kinder sowie das Engagement von Eltern und Lehrern, was sich sicher kostensenkend auswirkt.

Unterschriften bis Weihnachten

In elf Kantonen bereitet die Elternlobby Schweiz derzeit Initiativen zur freien Schulwahl vor: neben Solothurn in den Kantonen Aargau, Appenzell Ausserrhoden, Basel-Stadt, Genf, Luzern, St. Gallen, Thurgau, Waadt und Zürich. Im Kanton Basel-Landschaft kommt die Schulwahlinitiative am 30. November bereits zur Abstimmung. Die Initiative sieht vor, dass Eltern frei entscheiden können, in welche Volks- oder Privatschule sie ihr Kind schicken wollen. Finanziert wird der Unterricht auch an Schulen mit einer privaten Trägerschaft über die Steuern. Die privaten Schulen erhalten dabei pro Schüler den Betrag, der von Kanton und Gemeinden im Durchschnitt für die entsprechende Anzahl Kinder oder Jugendlicher an einer staatlichen Schule bezahlt wird. Damit eine private Schule in den Genuss von Steuergeldern kommt, muss sie öffentlich anerkannt sein. Für diese öffentliche Anerkennung müssen die entsprechenden

Schulen einen freien Zugang gewähren, ohne ethnische, religiöse oder finanzielle Einschränkungen. Ein Spezifikum des Solothurner Initiativtextes ist es, dass die freie Schulwahl auf Schulen im Kanton Solothurn und auf Schulen in Kantonen, mit denen Solothurn ein Schulabkommen hat, beschränkt ist. Das 13 Köpfe zählende Solothurner Initiativkomitee kann – etwa im Unterschied zu Basel-Landschaft – nur mit wenigen prominenten Namen aufwarten. An vorderster Front für eine freie Schulwahl kämpfen etwa SP-Kantonsrat Niklaus Wepfer (Balsthal) sowie Rockmusiker Chris von Rohr. Bis Weihnachten will die Elternlobby im Kanton die nötigen 3000 Unterschriften gesammelt haben. Der Verein zählt schweizweit rund 2000 Mitglieder, im Kanton sind es 150. Er fordert die Mitbestimmung, aber auch die Mitverantwortung der Eltern, Schüler und Lehrpersonen in Schulfragen. (ESF)